

Redaktioneller Teil

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Das Wahlergebnis — Das Gewerkschaftsproblem — Mittelstandspolitik — Die Krise in U.S.A. — Reichsbankfragen — Konjunkturberichte]

Der Ausfall der letzten Wahlen hat, von allem anderen abgesehen, worauf einzugehen hier nicht der Ort ist, für die Wirtschaft vor allem die Aussicht gebracht, daß nun endlich einmal doch wohl für längere Zeit mit dauernden Herrschaftsverhältnissen gerechnet werden kann. Die davon zu erhoffende Stetigkeit auch der Wirtschaftspolitik ist in jedem Fall ein Vorteil für die Wirtschaft, mögen im einzelnen die Maßnahmen wie immer ausfallen. Ein fester Wirtschaftsplan ist in Einzelheiten noch nicht bekannt geworden. Auch muß man damit rechnen, daß sich die Regierung wie voriges Jahr zunächst für die Monate April bis Juni nur mit einem Notetat behelfen wird. Wir schließen uns aber der Ansicht der Berliner Börsenzeitung an, die neulich in einem Artikel über die Wirtschaft nach den Wahlen ausführte: Die bisherigen grundsätzlichen Richtlinien gäben die Gewähr, daß die nationale Regierung die Initiative für den Wiederaufbau der Privatwirtschaft überlassen wolle, und das ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Zusammenkunft von namhaften Wirtschaftsführern mit dem Reichskanzler kürzlich, die der Klärung gewisser Grundfragen diene, soll eine restlose Übereinstimmung gebracht haben, daß der Kurs, der im Papen-Programm begonnen wurde, fortgesetzt werde. Die amtlichen Erklärungen der letzten Wochen (u. a. von Staatssekretär Bang) verstärken diese Tatsache. Das System der kalten Sozialisierung, das sich in einem Steueraufbau auswirkte, der den kollektiven Betrieb begünstigte und den öffentlichen Betrieb mit wesentlichen Steuerprivilegien ausstattete, muß der Vergangenheit angehören. Eine der wichtigsten Arbeiten der Regierung ist der Ausgleich zwischen den Ausfuhrnotwendigkeiten und den Binnenmarktinteressen. Bei sachlicher Überprüfung der gegebenen Notwendigkeiten wird sich unbedingt eine für Landwirtschaft und Industrie erträgliche Lösung finden lassen. Die Reichsregierung dürfte nach der Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse die beste Gewähr dafür bieten, daß es ihr auch gelingen wird, unter Beachtung einer klaren staatlichen Wirtschaftspolitik, die der privaten Wirtschaft den ihr zutommenden Raum gibt, einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Boden der Selbstverantwortung und eines Ausgleichs zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen, eine wirkliche Erholung der deutschen Gesamtwirtschaft einzuleiten.

Die Frage der Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat dürfte in der nächsten Zeit eine besondere Rolle zu spielen bestimmt sein. Reichskanzler Hitler hat wiederholt darauf hingewiesen, nicht minder andere Vertreter der Regierung. So hat neulich Göring in einem Interview mit einer schwedischen Zeitung u. a. erklärt, er könne sich denken, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Gelegenheit erhalten werde, wiederum einige Zeitungen herauszugeben, aber unter strenger Kontrolle. Die Regierung würde keine marxistische Propaganda tolerieren. Er glaube auch, daß aus diesem Grunde für die Dauer keine sozialistischen Gewerkschaften toleriert werden könnten. Man wolle durchaus nicht die Fachorganisationen ausrotten. Deutschland sollte eine geeinigte nationale Gewerkschaftsbewegung haben, ungefähr wie die italienische. Vizekanzler

v. Papen hat in Mülheim ausgeführt, wenn die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit anzuerkennen bereit seien und sich von der Politik freimachen würden, dann könnten sie nunmehr ein starker Pfeiler in der neuen Volksbewegung werden, die für immer das Chaos des Klassenkampfgedankens beseitigen werde. Es sei keineswegs die Zerschlagung der Gewerkschaften ein erstrebenswertes Ziel, sondern ihr Umbau in Eckpfeiler einer neuen Zeit. Auch den Deutschen Führerbrieseu erscheint es als ein möglicher Weg, die Gewerkschaften zu entpolitizieren, sie zu wirklichen Berufsverbänden zu entwickeln und in den Unterbau des Staates einzugliedern. Ein anderer Weg sei die umfassende, vom Staat geregelte und betreute Erfassung und Erziehung der arbeitslosen Jugend. Man würde nach ihrer Meinung aber die Dinge am falschen Ende anpacken, wenn man ein Arbeitskammersystem nach faschistischem Muster der Arbeiterschaft im Kampf aufzuzwingen versuchen würde. Auf einer Versammlung der Stahlhelm-Selbsthilfe Ende Februar wurde eine Entschließung angenommen, die es für erforderlich erachtet, daß die bestehenden wirtschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen unbeschadet ihrer Freiheit zur Vertretung der arbeitsrechtlichen und sonstigen Interessen ihrer Mitglieder entsprechend der Einrichtung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Aufgabe dieser Aufsicht müsse es sein, unter Beaufsichtigung der Verwaltungsausgaben darüber zu wachen, daß entsprechend der Beitragspflicht der Mitglieder die Pflicht der Vereinigungen zu entsprechenden Leistungen an ihre Mitglieder eingeführt und eingehalten werde. Gleicherweise sei es geboten, alle wirtschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen zu verpflichten, sich nach dem bisher einzigen Vorbild der Stahlhelm-Selbsthilfe so umzugestalten und aufzubauen, daß den Mitgliedern derjenige Teil ihrer geleisteten Beiträge, der nicht durch Ansprüche an Unterstüzungen und nicht durch notwendige Verwaltungsausgaben aufgebraucht wird, als Guthaben erhalten bleibt. Demgegenüber betonte damals noch das Organ der christlichen Gewerkschaften »Der Deutsche«, daß die Existenzberechtigung der Vereinigungen auf der Reichsverfassung beruhe; dem Staat stehe kein Aufsichts- und Kontrollrecht zu. In einem weiteren Artikel führte das Blatt aus, die Gewerkschaften seien ureigenste Angelegenheit der Arbeitnehmer, ihre Sache sei es, zu entscheiden, was mit ihren Beiträgen zu geschehen habe. Es warnte auf das nachdrücklichste vor allzu kühnen Versuchen. »Die Gewerkschaften sind und bleiben ein Machtfaktor, mit dem auch die heutige Reichsregierung rechnen muß. Und die Macht der Gewerkschaften ist nicht durch einen Staatskommissar zu brechen.« Nach den letzten Wahlen aber las man an derselben Stelle in einem Artikel »Um die nationale Front«: »Weil wir uns frei wissen von einer parteipolitischen Blickrichtung, dürfen wir es aussprechen, daß eine wirklich nationale und soziale Regierung stets eine christlich-nationale Gewerkschaftsrichtung aufbauwillig mittätig finden wird«. Eine Regierung, die sich um das Ganze mühe und die Rechte der Arbeiterschaft achte, werde in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Ringen von einer christlichen Gewerkschaftsorganisation nur unterstützt werden können. Diese Bemühungen um das Ganze müßten auch Unternehmer und Arbeiter zur gemeinsamen Arbeit zusammenfinden, sowie sich das erfreulicherweise in der Textilindustrie kürzlich bemerkbar gemacht habe. Ebenso erklärte zustimmend der christliche Gewerkschaftsführer Baltrusch zu dem Vorschlage von Siemens, die Zentralarbeitsgemeinschaft wieder erstehen zu lassen, die christlichen Gewerkschaften nähmen den Ruf auf und ständen nach wie vor